



Caro Keller (NSU-Watch)¹

Die Rolle der akzeptierenden Jugendarbeit im NSU-Komplex Ein Kommentar von NSU-Watch

Die 1990er Jahre prägten eine ganze Gruppe von Neonazis, die bis heute gefährlich ist: Die sogenannte Generation Terror (NSU-Watch 2020: 57). Aus ihr stammen das Netzwerk des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU), aber auch der Mörder von Walter Lübcke, Stephan Ernst. Die Aufarbeitung des NSU-Komplexes zeigt die spezifischen Bedingungen, unter denen eine rechte Mobilisierung zu rechtem Terror werden kann. Dabei spielte in den 1990ern auch die akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen eine Rolle. Staatlich finanziert entstanden deutschlandweit Rückzugs- und Rekrutierungsräume für Neonazis, die rückblickend auch als Ermöglichungsstrukturen für den NSU-Komplex gelten müssen. Der Blick zurück verweist gleichzeitig auf aktuelle Herausforderungen.

Schlaglichter auf den NSU-Komplex

Der Nationalsozialistische Untergrund (NSU) und sein Netzwerk haben zwischen 2000 und 2011 Enver Şimşek, Abdurrahim Özüdoğru, Süleyman Taşköprü, Habil Kılıç, Mehmet Turgut, İsmail Yaşar, Theodoros Boulgarides, Mehmet Kubaşık, Halit Yozgat und Michèle Kiesewetter ermordet und drei rassistische Sprengstoffanschläge in Nürnberg und Köln begangen. Die bei den Anschlägen

¹ NSU-Watch ist ein bundesweites antifaschistisches Bündnis, das sich die Beobachtung von Strafprozessen und Untersuchungsausschüssen sowie Vermittlung von Wissen über Neonazis, den NSU-Komplex und rechten Terror zur Aufgabe macht. Caro Keller schreibt als Redakteurin des Bündnisses aus der Sicht einer Prozess- und Untersuchungsausschussbeobachterin und Aktivistin. Das Wissen, die Analyse und auch Begrifflichkeiten, die in diesen Artikel einfließen, sind von NSU-Watch in den letzten zehn Jahren erarbeitet worden.

verletzten und traumatisierten Menschen leiden bis heute an den Folgen. Zur Finanzierung beging der NSU 15 Raubüberfälle, bei denen wegen der brutalen Vorgehensweise Menschen verletzt und traumatisiert wurden.

Erst im November 2011 enttarnte sich das NSU-Kerntrio – Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt – nach einem missglückten Banküberfall selbst: Die zwei Haupttäter brachten sich um. Ein Video wurde verschickt, in dem sich der NSU zu den Morden und Anschlägen bekannte, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht Neonazis zugeschrieben wurden.

Der Begriff NSU-Komplex soll zum Ausdruck bringen, dass es sich bei den Ereignissen zwischen 1998 und 2011 und darüber hinaus nicht um eine einfache Mord-, Anschlag- und Überfallserie handelt, sondern um ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher gesellschaftlicher Phänomene und Akteur*innen. Zum NSU-Komplex gehören auch die verschiedenen Ämter für Verfassungsschutz, die beim Aufbau neonazistischer Strukturen wie des Thüringer Heimatschutzes begleitend tätig waren und mit über 40 V-Leuten² im und um das Netzwerk des NSU präsent waren. Sie nutzten die ihnen vorliegenden Informationen nicht, um die drei in Chemnitz festnehmen zu lassen oder das Netzwerk an der Unterstützung zu hindern. Die Polizeibehörden stehen in der öffentlichen Wahrnehmung und Kritik oft hinter den Inlandsgeheimdiensten zurück. Die ganze Verantwortung der Polizeibehörden zeigte sich dann mit Beginn der Mord- und Anschlagserie und den dazugehörigen Ermittlungen. Die Polizei stoppte das Neonazinetzwerk nicht. Sie war, wie man heute weiß, nicht einmal kurz davor. Denn die meiste Zeit schaute sie nicht in die Richtung eines auf der Hand liegenden rassistischen Motivs für die Anschläge und Morde. Stattdessen lieferten die Ermittler*innen ein Paradebeispiel für institutionellen, teils auch persönlichen Rassismus. Sie überzogen die Angehörigen und die Überlebenden, ihr jeweiliges Umfeld und ganze Nachbar*innenschaften mit rassistischen Gerüchten über vermeintliche Mafiaverstrickungen. Dieses Verhalten fand in aller Öffentlichkeit statt, es war in allen Zeitungen nachzulesen. Medien gaben diese Ermittlungen meist unhinterfragt wieder, übertrafen die Polizei zum Teil sogar mit rassistischen Verdächtigungen. Eine kritische Zivilgesellschaft, und allen voran Antifaschist*innen, hätten aufmerken müssen, wenn Menschen mit Migrationsgeschichte angegriffen und ermordet werden und auch, wenn rassistisch über diese Morde berichtet wird.

2 Private Vertrauenspersonen für Polizei und Zoll, die Informationen aus unter Beobachtung stehenden Szenen liefern.

Der NSU-Komplex und die 1990er Jahre

Bei der Aufarbeitung des NSU-Komplexes nach 2011 gerieten die Jahre, in denen der spätere NSU politisch sozialisiert wurde, ins Blickfeld: Die 1990er. Bereits vor der Razzia am 26. Januar 1998 und ihrer anschließenden Flucht hatten Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe eine mehrjährige Biografie in der regionalen und überregionalen Neonazi-Szene vorzuweisen. Alle drei wurden Mitte bis Ende der 1970er-Jahre geboren und wuchsen im thüringischen Jena auf, wo sie auch ihre ersten politischen Aktivitäten entfalteten. Die 1990er-Jahre waren eine Zeit, in der sich Neonazis als Machtfaktor erleben konnten. Sie konnten ihren gewalttätigen Rassismus meist unwidersprochen ausleben und auf die Straße tragen, ohne Konsequenzen fürchten zu müssen. Ähnliche Biografien finden wir nicht nur beim NSU und seinem Umfeld, sondern bei tausenden Neonazis dieser Generation.

Der Blick in die frühen 1990er Jahre zeigt ein politisches und gesellschaftliches Klima, das unter anderem im Mai 1993 mit der Änderung des Grundgesetz-Artikels 16 zur De-facto-Abschaffung des Grundrechtes auf Asyl führte. Flankiert wurde diese Stimmung von einer Welle rassistischer Gewalttaten. Dabei konnten sich die Angreifer*innen oftmals als Ausführende eines Volkswillens fühlen, wenn sie etwa in einem gemeinsamen Mob mit Anwohner*innen Wohnheime von Geflüchteten angriffen.

Eine „Das Boot ist voll“-Hetze gegen Geflüchtete, die auch in Reden von Politiker*innen und auf den Titelseiten großer Printmedien stattfand, war allgegenwärtig. Schlagzeilen bestätigten und legitimierten auch den Rassismus, der sich auf der Straße gewaltsam entlud. Die rechten Attacken und der tagelange Pogrom von Rostock-Lichtenhagen wurden entpolitisiert und erschienen in diesem Kontext als durchaus berechtigte Reaktion auf die Zustände. Die Behauptung, dass es sich bei den Angreifenden um enttäuschte und frustrierte Jugendliche handele, stand im Vordergrund. Die rassistische Motivation trat in den Hintergrund, wurde zur Nebensache heruntergeschrieben. Die Bundesregierung beschloss 1992 in Reaktion auf die rechte Gewalt außerdem das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG). Die damalige Familienministerin Angela Merkel sagte auf einer Pressekonferenz zum Aktionsprogramm:

„[D]ie Erfahrungen in Hoyerswerda zeigen, daß fast alle Kinder und Jugendlichen mit extremen Äußerungen und Erscheinungsweisen weder organisierte, noch in ihrem Verhalten verfestigte Rechtsextremisten sind. Versatzstücke des Rechtsextremismus werden vielfach als Provokation verwendet – um also die Aufmerksamkeit anderer, der Öffentlichkeit, auf sich zu ziehen; weil man sich vernachlässigt, unverstanden, ausgeschlossen fühlt. In dieser Provokation steckt in vielen Fällen ein verborgener Hilferuf an die Mitmenschen, sich um die jungen Leute zu kümmern, ihnen bessere

Zukunftschancen bereitzustellen und sinnvolle Betätigungsfelder zu eröffnen. Die Gesellschaft kann diese Jugendlichen zurückgewinnen, wenn sie diesen Hilferuf hört und aufnimmt.“ (Antifaschistisches Infoblatt 1993)

Außerdem war die Rede davon, die Jugendlichen von der Straße zu holen.

Die Rolle von Jugendarbeit im NSU-Komplex

Im Rahmen ihrer detaillierten Aufarbeitung des NSU-Komplexes stellten einige parlamentarische Untersuchungsausschüsse auch Fragen danach, was diese rechte Gewalt ermöglicht hat. Sie fanden gesellschaftliche Ermöglichungsstrukturen unter anderem in Jugendclubs, die akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen betrieben.

Und so wurde nach der Selbstenttarnung des NSU auch die Rolle von Jugendclubs und des „Aktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt“ (AgAG) der Bundesregierung von 1992, das diese in den neuen Bundesländern finanzierte, in den Untersuchungsausschüssen in Thüringen, Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern aufgearbeitet.

Jugendclubs sollten mit dem Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit rechte Jugendliche von Gewalt abhalten. Was die Sozialarbeiter*innen heute nur zum Teil, beispielsweise im sächsischen Untersuchungsausschuss, einräumten, ist, dass stattdessen Ermöglichungsstrukturen für rechten Terror geschaffen wurden. Den der Arbeit zugrundeliegenden Gedanken fasste vor dem NSU-Untersuchungsausschuss Mecklenburg-Vorpommern eine ehemalige Sozialarbeiterin beschönigend mit den Worten zusammen: „[I]ns Gespräch kommen, in Beziehung kommen, Probleme, die sie haben, beleuchten, nicht die Probleme, die sie machen“³. De facto schuf die akzeptierende Jugendarbeit aber rechte Freiräume. Die Neonazis hatten und nutzten die Möglichkeit, sich an einem festen Ort zu treffen, sich zu organisieren, Jugendliche zu agitieren, mit ihren Bands zu proben oder auch Konzerte zu organisieren. Diese Entwicklung zeichnete sich schon vor In-Kraft-Treten des Bundesprogramms ab. Sie wurde bereits damals unter anderem von Antifaschist*innen scharf kritisiert.

3 <https://www.nsu-watch.info/2020/11/es-ist-kaum-feststellbar-ob-jemand-rechts-ist-oder-nicht-die-sitzung-des-nsu-untersuchungsausschusses-mecklenburg-vorpommern-vom-20-november-2020/>

Der „Winzerclub“ in Jena

Der „Winzerclub“ im Jenaer Stadtteil Winzerla gilt als der Ort, an dem sich Beate Zschäpe, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt kennenlernten. Schon kurz nach der Selbstenttarnung des NSU kursierte ein Bild, auf dem Uwe Mundlos während der Eröffnung des „Winzerclubs“ am 14. September 1991 mit schwarz-rot-goldenen Hosenträgern neben dem damaligen Jugenddezernenten Stephan Dorschner sitzt, daneben der Straßensozialarbeiter Thomas Grund (Döbert 2011). Letzterer erzählte und schrieb nach 2011 mehrfach zu seiner damaligen Arbeit und zum NSU, Fehlerbewusstsein ließ er dabei nicht erkennen. Daran äußerte beispielsweise Lothar König, der selbst in der Jungen Gemeinde im Jena der 1990er mit Jugendlichen arbeitete – allerdings mit einem antifaschistischen Anspruch – deutliche Kritik: Er wirft Thomas Grund vor, sich reinwaschen zu wollen: „Er hält sie für mitverantwortlich für die rechtsextreme Radikalisierung von Jugendlichen in den 90ern“. Es habe bei Sozialarbeitern und Lehrern ‚politisches Bewusstsein‘ gefehlt, heißt es zu Königs Kritik in einem Artikel in der taz im Juli 2012 (Erb 2012).

Die Realität der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen im „Winzerclub“ schildern Stefan Aust und Dirk Laabs in ihrem Buch „Heimatschutz. Der Staat und die Morde des NSU“ so: „Die Winzerclub-Leitung erlaubte Nazi-rock-Bands jahrelang, in dem Jugendclub aufzutreten. Nazis aus der Stadt luden in jener Zeit sogar mit Flyern zu Partys dorthin ein, auf denen ein Reichsadler abgedruckt war, der sich an einer Triskele festkrallt, eines der Symbole des Kukulux-Klans und von Blood and Honour“ (Aust/Laabs 2014: 142). Mehrfach spielte beispielsweise die Band „Vergeltung“, die Uwe Mundlos als „unsere‘ Band“ bezeichnete (ebd.: 141).

Der erste Untersuchungsausschuss im Thüringer Landtag, der den NSU aufarbeiten sollte, legte 2014 seinen Abschlussbericht vor. Das Kapitel „Kenntnisse und Bewertung sowie eingeleitete Handlungsmaßnahmen von Politik und Behörden des Freistaates Thüringen (1) Kritik am Umgang der Thüringer Landes- und Kommunalpolitik mit dem Rechtsextremismus“ beginnt mit dem Satz: „Zahlreiche Zeugen warfen der Landes- und Kommunalpolitik Untätigkeit bzw. Verharmlosung der Problematik des Rechtsextremismus vor“ (Thüringer Landtag 2014: 394). Anhand von Zeug*innen-Aussagen wurde im Anschluss daran die damalige Situation rekonstruiert, zu der nicht alle Aussagen einheitlich sind. In Anbetracht des NSU-Komplexes sind einige der hier zusammengefassten Erinnerungen und Einschätzungen durchaus als Kontinuitäten der Verharmlosung zu benennen. Dennoch kommt darin die problematische Rolle von Jugendclubs zum Ausdruck.

Der Abschlussbericht bezieht sich hier auf den Soziologen Matthias Quent, der im Ausschuss als Sachverständiger gehört wurde:

„Als zentrale Aspekte, welche die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus behinderten und folglich die Manifestation des organisierten Rechtsextremismus förderten, hob der Sachverständige Matthias Quent die Pflege eines politischen Harmonieideals, einen sachorientierten Umgang mit Rechtsextremismus insbesondere im Rahmen der „akzeptierenden Jugendarbeit“, die Entpolitisierung bzw. Privatisierung rechter Gewalt, die parallelisierende Redeweise von Links- und Rechtsextremismus sowie die Vermeidung von Wertedebatten hervor. [...] Zudem sei rechte Gewalt als „Jugendproblem“ bagatellisiert und relativiert worden. Oft sei auch, unter Ignorierung der politischen Dimension, der Gewaltaspekt rechtsgerichteter Straftaten überakzentuiert worden. [...] Der Sachverständige Matthias Quent kritisierte die in den 1990er-Jahren durchgeführte „akzeptierende Jugendarbeit“, bei der – gefördert durch staatliche Mittel – Anlaufpunkte für rechtsgerichtete Jugendliche geschaffen und damit auch rechtsextreme Strukturen mit aufgebaut worden seien.“ (ebd.: 396f.)

Der Untersuchungsausschuss wollte sich im bewertenden Teil nicht auf eine flächendeckende Aussage zur Arbeit in den Jugendclubs für den gesamten Freistaat festlegen. Dennoch machte er deutlich: „[E]in Problembewusstsein für und eine Auseinandersetzung mit nazistischer Ideologie [scheint] jedenfalls nicht flächendeckend Bestandteil der Jugendsozialarbeit gewesen zu sein“ (ebd.: 1375).

Im Februar 2015 setzte der Landtag Thüringen den Untersuchungsausschuss zur „Fortsetzung der Aufarbeitung des ‚Nationalsozialistischen Untergrunds‘ (NSU)“ ein. Auch dieser Ausschuss nahm den „Winzerclub“ in den Blick und konnte feststellen, dass dort regelmäßig die rechten Bands „Vergeltung“ und „Blutorden“ proben konnten. Katharina König-Preuss, Abgeordnete der Partei Die Linke in beiden Ausschüssen, spricht davon, dass an diesen Orten und durch die dort praktizierte akzeptierende Jugendarbeit Neonazis Rückzugsmöglichkeiten bekommen hätten (Manemann 2019).

Der Jugendclub „Piccolo“ in Chemnitz

In Sachsen, wo das NSU-Kerntrio zwischen 1998 und 2011 wohnte und von wo aus es seine Verbrechen verübte, beschäftigten sich ebenfalls zwei Untersuchungsausschüsse mit dem NSU-Komplex. Dabei rückte unter anderem der Jugendclub „Piccolo“ in den Fokus. Dieser befand sich im Fritz-Heckert-Gebiet, einem von Plattenbauten geprägten Wohnviertel am Rande von Chemnitz. Die Telefonnummer des „Piccolo“ fand sich auf der Telefonliste, die Uwe Mundlos angelegt hatte und die bei der Durchsuchung der Garagen 1998 gefunden aber nicht aus-

gewertet wurde. Der Club lag fünf Gehminuten entfernt von der Wohnung in der Wolgograder Allee 76, die das NSU-Kerntrio 1998 bewohnte.

Im zweiten sächsischen Untersuchungsausschuss zum NSU-Komplex, sagten der Diplom-Sozialpädagoge Peter Bindrich, der den Jugendclub von 1993 bis 2001 leitete, und die Sozialarbeiterin G., die von 1994 bis 1999 dort arbeitete, aus. Zwar gaben beide an, Mundlos, Zschäpe und Böhnhardt nicht im Jugendclub wahrgenommen zu haben, beschönigten die Zustände im „Piccolo“ aber nicht:

„Der Zeuge Bindrich charakterisierte den von ihm geleiteten Jugendclub „Piccolo“ wörtlich als einen „Treffpunkt von der rechtsextremistischen und rechtsradikalen Szene in Chemnitz“. Dadurch hätten zumindest zeitweise „richtig politisch organisierte Neonazis“, die den Jugendclub als ihre „Heimstatt“ angesehen hätten, zur Hauptklientel gehört. Das sei schon der Fall gewesen, als er 1993 die Leitung der Einrichtung übernahm“. (Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2019: 401)

Bindrich gab an, man habe versucht, den Jugendlichen erlebnispädagogische Angebote zu machen. Diese seien „auch durch die problematische Klientel genutzt worden“, auch von Personen, die Bindrich im Untersuchungsausschuss als „Hooligans“ bezeichnete und die ihm auch mit ihren Taten wie „irgendwelchen Schlägereien mit anderen Hooligans“ berichtet hätten. Letztlich hätten sich aber „Neonazis und Hooligans, die das ‚Piccolo‘ frequentierten, ‚jeder pädagogischen und sozialen Zusammenarbeit entzogen“. Bindrich wird im Ausschussbericht weiter zitiert:

„Man habe ihm in Gesprächen klar zu erkennen gegeben, dass man von „Sozialfuzzis“ in Ruhe gelassen werden wolle. Die Bemühungen, einen sozialarbeiterischen Zugang zu finden, seien ins Leere gegangen. [...] Der Ansatz der akzeptierenden Jugendarbeit, der darauf ausging, dieser Klientel gleichwohl einen Raum zur Verfügung zu stellen, habe sich als kontraproduktiv herausgestellt: ‚Jetzt, im Nachhinein, denke ich, dass man, wenn man diese akzeptierende Arbeit nicht zielgenau auf die Klientel, auf die einzelne Person angewandt hat, dass die eher rechtsgerichtete Strukturen gestärkt hat.‘“ (ebd.: 405)

Die Zeug*innen berichteten, dass die Dominanz rechter Personen im Jugendclub dazu geführt habe, dass sich andere Jugendliche nicht in den Club getraut hätten oder, dass ihnen ihre Eltern den Besuch verboten hätten. Außerdem berichtete Bindrich, dass eine ABM-Kraft beschäftigt worden sei, die „schon mit dieser Szene sympathisierte“ und bei der er nicht ausschließen oder sich sogar vorstellen könne, dass er Personen auch außerhalb der Öffnungszeiten einen Zugang zum Objekt gewährt haben könnte“ (ebd.: 402). Zwar hätten sich die rechten Personen im Club nicht hauptsächlich mit politischen Themen befasst, dennoch konnte der Zeuge sie politischen Strukturen wie den „88ern“ zuordnen. Nach der Selbstenttarnung des NSU zeigten antifaschistische Recherchen, Untersuchungsausschüsse und

die Beweisaufnahme im NSU-Prozess, dass Personen dieser Struktur dem NSU-Kerntrio beim Unterkommen in Chemnitz halfen.

Die Zeugin G. berichtete dem Ausschuss außerdem, dass im und um den Jugendclub „Piccolo“ eine Bedrohungslage entstanden sei, auch sie selbst sei angegriffen worden. Dennoch habe man die rechten Jugendlichen nicht aus dem Jugendclub ausschließen können, denn nach vermehrten Beschwerden von Anwohner*innen „habe eine damalige Abteilungsleiterin ausdrücklich angewiesen, ‘die Leute reinzuholen, egal was die tun’“, so G.:

„Also, für uns war es eigentlich auch oft so, dass jeder pädagogische Ansatz einer Arbeit auch ausgehebelt wurde von den Vorgesetzten, einfach um im Wohngebiet Ruhe zu schaffen.“ Es sei die ausdrückliche Vorgabe der Stadt Chemnitz gewesen, den Jugendclub täglich zu öffnen, „um die Jugendlichen von der Straße zu holen“. Angesichts von Bürgerbeschwerden über gewaltbereite Jugendliche im Wohnviertel sei es darum gegangen, diese Personen „in die Einrichtung zu holen, damit sie eben, ja, dort nicht stören.“ (ebd.: 407)

Der Jugendclub „MAX“ in Rostock

Der erste NSU-Untersuchungsausschuss in Mecklenburg-Vorpommern wurde 2018 eingesetzt und benannte den Jugendclub „MAX“ in Rostock Groß-Klein von Anfang an als einen seiner Untersuchungsgegenstände. Schon im Abschlussbericht des 2. Thüringer NSU-Untersuchungsausschusses wurde der Club „MAX“ erwähnt, weil der Sachverständige Gideon Botsch in seiner Aussage zu rechtsextremen Aktivitäten im Raum Rostock/Stralsund diesen als Treffpunkt einer Szene benannte, die der Neonazi-Struktur Blood & Honour zuzuordnen sei (Thüringer Landtag 2019: 1016). Auch die später im Landtag von Schwerin als Sachverständige geladenen Abgeordneten der Thüringer Untersuchungsausschüsse Katharina König-Preuss und Dorothea Marx gingen auf diesen Jugendclub ein. König-Preuss benannte ihn als Treffpunkt von örtlichen Neonazis, die im Jahr 2000 in Deutschland verbotenen internationalen Neonazi-Netzwerk Blood & Honour aktiv waren und betonte, dass „in dem Moment, wo der Jugendclub nicht mehr existierte, auch ein Niedergehen der Blood & Honour-Szene in Mecklenburg-Vorpommern feststellbar war. Einfach, weil ihnen ein Treffpunkt, ein Veranstaltungsort fehlte und ähnliches mehr“ (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2019: 476).

Während die ehemaligen Sozialarbeiter*innen aus Chemnitz die Zustände im Jugendclub „Piccolo“ nicht beschönigten und sich mit ihren Aussagen an der Aufklärung des NSU-Komplexes beteiligten, indem sie beispielsweise konkrete Neonazi-Strukturen benannten, torpedierten die ehemaligen Sozialarbeiter*innen

aus dem „MAX“ die Arbeit des Untersuchungsausschusses geradezu. Unter ihnen ein Abgeordneter des Ausschusses, Ralph Mucha von der SPD, der als Zeuge aussagen musste, weil er im „MAX“ als ABM-Kraft tätig gewesen war. Sowohl er als auch die beiden ehemaligen Leiter*innen des Jugendclubs, Uwe Leonhardt und Katrin Balgé, verharmlosten die rechten Jugendlichen und Aktivitäten, deren Existenz durch antifaschistische Recherchen und auch polizeiliche Ermittlungen seit Jahren zweifellos belegt sind. So brachen etwa Jugendliche aus dem Jugendclub „MAX“ in Rostock zu den Pogromen in Rostock-Lichtenhagen auf.

Uwe Leonhardt war 1991/92 Leiter des „MAX“. Zu seiner „Überraschung tauchten auffällige Jugendliche aus einer bestimmten Szene“ auf. Gemeint waren Rechte bis ungefähr 30 Jahre. Er habe während der Pogrome von Rostock-Lichtenhagen mitbekommen, dass die Jugendlichen vom „MAX“ dorthin aufbrachen. Sie hätten als Sozialarbeiter*innen versucht, Einfluss zu nehmen, aber das sei nicht einfach gewesen: „die sind einfach gegangen“. Nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen – die Leonhardt als „Krawalle“ bezeichnete – wandten sie das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit im Jugendclub „MAX“ an. Leonhardt machte deutlich, er sei weiterhin der Auffassung, es mache immer Sinn, mit allen Jugendlichen zu arbeiten. Im „MAX“ haben wiederholt rechte Konzerte stattgefunden, an die sich der Zeuge aber nicht erinnern können wollte. Das ging auch seiner Nachfolgerin Katrin Balgé so. Sie war Leiterin des „MAX“ bis 2002. Sie konnte sich vor dem Ausschuss nicht erinnern, dass sie bei der Polizei ein Blood & Honour-Konzert als Geburtstagsfeier ausgegeben hat. Balgé sah kein Problem in akzeptierender Jugendarbeit und wertete ihre Arbeit als Erfolg: „Ins Gespräch kommen, in Beziehung kommen, Probleme, die sie haben, beleuchten, nicht die Probleme, die sie machen.“ Angeblich hätten die Jugendlichen sowieso nie über Politik gesprochen. Der Zeugin wurde aus Akten vorgehalten, dass sie bei einem Konzert der Blood & Honour-Band „Nordmacht“ im „MAX“ die Instrumente im Auto des Jugendamtes transportierte. Auch daran wollte sie sich nicht erinnern. Von Blood & Honour habe sie nur mal gelesen. Katrin Balgé wurde von den Abgeordneten nach den Namen der im „MAX“ ein- und ausgehenden Neonazis gefragt. Sie sagte, zu einigen habe sie ein Gesicht im Kopf. Balgé räumte nach vielen Fragen schließlich ein, mit Oliver Do. liiert gewesen zu sein. Oliver Do. war regelmäßig im „MAX“ zu Gast und galt als Kopf von Blood & Honour Mecklenburg-Vorpommern. Balgé sagte aus, dass sie ein Jahr nach dem Ausstieg von Do. aus der Szene mit ihm zusammengekommen sei.

Leonhardt und Balgé gaben beide vor dem Ausschuss an, dass sie mit Professor Krafeld von der Universität Bremen sowie mit dem Rauhen Haus in Hamburg in Kontakt zum Thema akzeptierende Jugendarbeit gewesen seien. Dennoch sagte

Katrin Balgé vor dem Ausschuss: „Also es ist kaum feststellbar, ob jemand rechtsorientiert oder rechtsextrem ist, weil es keinem auf der Stirn geschrieben steht. Wir haben keine Weiterbildung dazu gehabt“ (ebd.). Im Abschlussbericht des ersten NSU-Untersuchungsausschusses Mecklenburg-Vorpommern heißt es dazu:

„Nachdem die Zeugin Ka. Ba. verneint hatte, Expertin für rechtsextreme Jugendliche gewesen zu sein, erklärte sie auf die Frage aus dem Ausschuss, ob dies nicht im Widerspruch zu ihrer damaligen Tätigkeit als Leiterin dieses Jugendclubs gestanden hätte: ‘Hm, das könnte man jetzt diskutieren. Ich finde es viel wichtiger, in einem Jugendclub zu arbeiten, oder ich habe in einem Jugendclub gearbeitet, in dem ich Jugendlichen mit ihren verschiedensten Problemlagen zur Seite stand. Da war vordergründig nicht die politische Orientierung. Da haben Sie aber jetzt gerade jetzt den Fokus drauf.’“ (Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2021: 490)

Kritik in den 1990ern an akzeptierender Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen

Die Kritik an akzeptierender Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen und dem „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“ ist nicht neu. Fachleute und Antifaschist*innen diskutierten beides in Büchern, Broschüren und Artikeln und kritisierten beispielsweise, dass für Sozialarbeit mit Opfern rechter Gewalt keine Gelder zur Verfügung gestellt wurden (Antifaschistisches Infoblatt 1998). Sie wussten genau, wer sich in den vom AgAG finanzierten Jugendclubs traf: Das Antifaschistische Infoblatt benannte die Nazis, die sich im Jugendclub „MAX“ zuvor unbehelligt hatten treffen können und wies auch auf deren Schutz durch die Sozialarbeiter*innen hin: „Für die einen ‘Blood & Honour’-Aktivisten aus Rostock beim ‘Rudolf Heß Marsch’ in Dänemark, für die anderen die ‘jugendlichen’ Schützlinge ‘Olli’ und ‘Zappi’ aus dem Jugendclub MAX“ (Antifaschistisches Infoblatt 1993).

Neben diesen konkreten Kritikpunkten und Recherchen zu einzelnen Neonazis wurde das Konzept der akzeptierenden Jugendarbeit mit Neonazis sowie dessen Umsetzung kritisiert. Auffällig ist, dass dabei ähnliche Aspekte aufgegriffen wurden, die Jahre später nach der Aufarbeitung durch die Untersuchungsausschüsse wieder herausgestellt werden müssen. Norddeutsche Antifagruppen stellten in ihrer Broschüre „Rosen auf den Weg gestreut...“ mit Blick auf westdeutsche Jugendclubs, in denen akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen gemacht wurde, fest, „daß andere Jugendliche verdrängt wurden, daß Rechtsradikale die Möglichkeit bekamen, sich Strukturen zu schaffen, daß organisierte Neo-Nazis diese Strukturen mitbenutzten und Nachwuchs rekrutierten und daß die rechten Jugendlichen zunehmend andere drangsalierten und schikanierten.“

Der Ansatz, sich nicht einzumischen, sondern sich an „rechte Jugendliche zu wenden und diese trotz ihrer rechten Auffassungen zu akzeptieren und für sie da zu sein“, sie nicht zu „bekehren“, führe dazu, dass eine rechte Einstellung zu einer Voraussetzung werde, um sozialarbeiterisch betreut zu werden. Statt um die Problematisierung der rechten Einstellung ginge es lediglich darum, dass diese Jugendlichen nicht mehr auffällig sind: „In diesem Sinne ist für die akzeptierende Sozialarbeit der einzelne, auffällig gewordene Jugendliche problematisch, nicht aber seine rechtsradikalen Auffassungen, geschweige denn der gesellschaftliche Kontext, in dem diese sich herausbilden und von dem sie bestätigt werden“. Diese Arbeit führe bei den Sozialarbeiter*innen durchaus zu Verständnis für und Verharmlosung von rechten Einstellungen und rechter Gewalt. Durch Jugendclubs seien die Jugendlichen außerdem tatsächlich weniger „auffällig“, was zu einer Normalisierung von rechten Jugendlichen in der Gesellschaft geführt habe: „Der Ansatz hält eben, was er verspricht: er fördert die gesellschaftliche Akzeptanz gewaltbereiter Rechtsradikaler und sexistischer und rassistischer Orientierungen. Er verhilft ihnen zu ‘Normalität’“ (Norddeutsche Antifagruppen 2001: 1ff.).

Andreas Buderus spricht in seinem gleichnamigen Buch von „Glatzenpflege auf Staatskosten“, die durch „Nichteinmischung“ durch die Sozialarbeiter*innen entstanden sei. Er forderte statt akzeptierender Jugendarbeit ein „sozialpädagogische[s] Konzept der politischen Einmischung“, das als Eckpunkte „Transparentmachen und Aufzeigen von Ursachen und Wirkungen, die gemeinsame Suche nach Wegen, die Erarbeitung von Lösungsansätzen und nicht zuletzt die Stärkung von Selbstbewußtsein, Eigenverantwortung und Verantwortung für andere“ beinhalte (Buderus 1998: 139f.).

Aktuelle Herausforderungen

Auch heute stellt sich die Frage nach dem Umgang mit rechten Jugendlichen, auch zur Prävention von rechtem Terror. Die Festnahme von jungen Männern teilweise im Teenager-Alter wegen der Vorbereitung von rechten Anschlägen häufen sich. Rechtem Terror wurde nach der Selbstenttarnung des NSU mitnichten die gesellschaftliche Grundlage entzogen, vielmehr gab es bereits zwei große rechte Mobilisierungen seitdem: im Zuge des Sommers der Migration 2015 und im Zuge der Corona-Krise. Diese Mobilisierungen förderten, wie in den 1990ern, rechte Gewalt und rechten Terror. Diesem Zusammenhang widmete sich auch die ARD-Dokumentation „FAKT: Jung, rechts, gewaltbereit“ im Juni 2022. Darin geht es auch um den Jugendtreff „Lutherkeller“ in Zwickau. Gezeigt werden unter anderem Gespräche des dortigen Pädagogen Chris Schlüter mit „Gino“, einem

rechten Jugendlichen. Schlüter macht in der Sendung deutlich, dass er gegen rechts eintreten wolle – auch bei den Jugendlichen. Er wolle die Jugendlichen durch „Gespräche zum Nachdenken bewegen“. Er wolle aber auch Grenzen setzen beispielsweise bei Hitlergrüßen, „das erfahren die Jugendlichen auch von mir“. Beim gefilmten gemeinsamen Graffiti-Sprühen konfrontiert Schlüter „Gino“ und befragt ihn zu Angriffen beispielsweise auf Menschen der „LGBTQ-Community“. „Gino“ antwortet, „ich finde das ok, ich würde es wahrscheinlich nicht anders machen“. Der Sozialarbeiter entgegnet: „Das kaufe ich dir nicht ab, Gino“. Im Interview spricht er davon, er wolle einen Weg finden, dass der Jugendliche die offene Gesellschaft „zumindestens akzeptiert“ (Arnold/Schulz/Siepmann 2022).

Schlaglichter wie diese lassen fragen, inwiefern die Kritik an und Aufarbeitung von akzeptierender Jugendarbeit mit rechten Jugendlichen in den 1990er Jahren in der heutigen Praxis angekommen sind. Gleichzeitig müssen das Konzept und die Durchführung weiterhin kritisch in den Blick genommen und diskutiert werden.

Literatur

- Antifaschistisches Infoblatt 1993: Das „Aktionsprogramm gegen Aggression und Gewalt“. Berlin
- 1998: Wie umgehen mit AgAG? Jugendprojekte Vernetzung in Rostock. Berlin
- Arnold, Ben; Schulz, Tim; Siepmann, Marcel 2022: FAKT: Jung, rechts, gewaltbereit. (Di., 19.07.22 | 22:00 Uhr. Das Erste)
- Aust, Stefan; Laabs, Dirk 2014: Heimatschutz. Der Staat und die Mordserie des NSU. München
- Buderus, Andreas 1998: Fünf Jahre Glatzenpflege auf Staatskosten. Jugendarbeit zwischen Politik und Pädagogik. Bonn
- Der Spiegel, „Ernstes Zeichen an der Wand“, in: Der Spiegel 36/1992. Hamburg
- Döbert, Frank 2011: Mit Winzer-Clan begann rechtsextreme Laufbahn von Uwe M. <https://www.thueringer-allgemeine.de/politik/mit-winzer-clan-begann-rechtsextremelaufbahn-von-uwe-m-id218072943.html> (25.01.2023)
- Erb, Sebastian 2012: Biblisches Gleichnis. <https://taz.de/NSU-Doku-auf-RTL/!5089177/> (25.01.2023)
- Fraktion DIE LINKE, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN 2019: Abweichender Bericht zum 1. Untersuchungsausschuss der 6. Legislaturperiode des Sächsischen Landtages. Dresden
- Landtag Mecklenburg-Vorpommern 2021: Beschlussempfehlung und Zwischenbericht des 2. Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Aktivitäten in Mecklenburg-Vorpommern. Schwerin
- Manemann, Thilo 2019: Die täglichen Hetzjagden. <https://www.unz.de/aktuell/landleute/detail/news/die-taeglichen-hetzjagden/> (25.01.2023)

- Norddeutsche Antifagruppen (Hg.) 2001: „Rosen auf den Weg gestreut ...“. Hamburg
- NSU-Watch 2020: Aufklären und Einmischen. Der NSU-Komplex und der Münchener Prozess. Berlin
- 2020a: <https://www.nsu-watch.info/2020/11/es-ist-kaum-feststellbar-ob-jemand-rechts-ist-oder-nicht-die-sitzung-des-nsu-untersuchungsausschusses-mecklenburg-vorpommern-vom-20-november-2020/> (25.01.2023)
- Thüringer Landtag 2014: Bericht des Untersuchungsausschusses 5/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“. Erfurt
- 2019: Bericht des Untersuchungsausschusses 6/1 „Rechtsterrorismus und Behördenhandeln“. Erfurt

Caro Keller (NSU-Watch)

E-Mail: mail@nsu-watch.info



5., korrigierte und erweiterte Auflage

Christin Jänicke/
Benjamin Paul-Siewert (Hrsg.)
30 Jahre Antifa in Ostdeutschland
Perspektiven auf eine eigenständige Bewegung
mit einem Vorwort von Manja Präkels
5., korr. und erw. Auflage
2022 – 218 Seiten – 20,00 €
ISBN 978-3-89691-102-5

„wichtige Beiträge zu einem bisher unerforschten und nahezu unbekanntem Teilgebiet sozialer Bewegungen“ *Contraste*

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE

VERLAG WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT